Gemeinsamer Antrag des Jugengremiums und des Ausländerbeirates

Kassel

Vorlage Nr. 101.20.315

16. November 2026

Einrichtung einer Antidiskriminierungs-, Melde- und Beratungsstelle für Kasseler Schüler*innen

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Bildung, Jugend, Gesundheit und Gleichstellung

Folgender Beschluss wird gemeinsam durch das Jugendgremium der Stadt Kassel sowie dem Ausländerbeirat der Stadt Kassel gefasst.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Einrichtung einer Antidiskriminierungs-, Melde- und Beratungsstelle für Kasseler Schüler*innen, bzw. die Finanzierung von zwei Vollzeitstellen, bei einem freien Träger umzusetzen.
Die Stelle soll insbesondere:

- Betroffene Schülerinnen und Schüler vertraulich beraten und unterstützen,
- Diskriminierungsvorfälle dokumentieren und auswerten,
- Präventions- und Aufklärungsarbeit speziell an Kasseler Schulen leisten,
- bei möglichen Straftaten oder dienstrechtlich relevanten Sachverhalten die zuständigen Behörden unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben informieren,
- jährlich einen anonymisierten Bericht über Art, Umfang und Entwicklung der gemeldeten Fälle mit Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung vorlegen sowie
- ihr Angebot gemeinsam mit dem staatlichen Schulamt, der städtischen Verwaltung und den Schulen öffentlich bekannt machen und öffentlichkeitswirksam zu bewerben.

Begründung:

Diskriminierung gehört für viele Schülerinnen und Schüler weiterhin zum schulischen Alltag. Ob aufgrund von Herkunft, Religion, Behinderung, Geschlecht, sexueller Identität oder anderer persönlicher Merkmale – Betroffene benötigen eine niedrigschwellige und unabhängige Anlaufstelle. Zwar bestehen bereits allgemeine Beratungsangebote, zum Beispiel durch die/den Antidiskriminierungsbeauftragte*n, jedoch fehlt bislang ein speziell auf den schulischen Bereich ausgerichtetes Angebot und die rechtliche Grundlage, um diese Beratung in einem angemessenen Rahmen anzubieten. Dadurch werden Vorfälle häufig nicht gemeldet, unzureichend dokumentiert oder nicht konsequent aufgearbeitet.

Eine spezialisierte Beratungsstelle verbessert den Schutz betroffener Schülerinnen und Schüler, stärkt Prävention und Aufklärung und schafft durch anonymisierte Datenerhebungen eine fundierte Grundlage für kommunale Maßnahmen gegen

Diskriminierung. Der jährliche Bericht ermöglicht der Stadtverordnetenversammlung, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und geeignete politische Maßnahmen einzuleiten. Damit das Konzept zeitnah erstellt werden kann, ist es notwendig, die personellen und finanziellen Ressourcen zur Konzepterstellung bereitzustellen.

Jebril Daghfous
Vorsitzender des Jugendgremiums

Leila Mohtadi Ilkhanizadeh
Vorsitzende Ausländerbeirat